

# Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint täglich nachm. 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 Mk. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,30 Mk., bei Postbestellung 3 Mk. Einzelnummern 30 Pfennig. Einzelnummern werden nach Möglichkeit abgegeben zu jeder Zeit. Bei Abnahme bis vorw. 10 Uhr durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Abbestellungsdruck erfolgt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß über der Kostgeber in Konkurs geht. Anzeigen nehmen alle Verwaltungen entgegen.

Anzeigenpreis: Die 3-spaltige Zeile 20 Goldpfennig, die 2-spaltige Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Goldpfennig, die 1-spaltige Zeile 10 Goldpfennig. Nachweisungsgebühr 20 Goldpfennig. Vortage und Nachdruck 10 Goldpfennig. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Verändert für die Richtigkeit der Anzeigen keine Verantwortung. Anzeigen werden nicht abgedruckt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß über der Kostgeber in Konkurs geht. Anzeigen nehmen alle Verwaltungen entgegen.

Nr. 239. — 83. Jahrgang

Telegr.-Adr.: „Amtsblatt“

Wilsdruff-Dresden

Postfach: Dresden 2640

Sonnabend, 11. Oktober 1924

## Fünf Zusagen — keine Lösung.

Über die schwebenden Verhandlungen zur Regierungskrise erfahren wir aus politischen Kreisen in Berlin:

Am Mittwoch, als die politischen Richtlinien des Reichskanzlers bekannt geworden waren, hörte man im Reichstag das Spottwort, daß dieses Programm von allen Parteien einschließlich ihrer Fraktionsdiener unterschrieben werden könnte. Es ist auch von einer außerordentlichen, aber — notwendigen Unbestimmtheit und zeichnet sich mehr aus durch Dinge, die nicht darin stehen als durch das, was es nun wirklich sagt.

An und für sich ist der Gedanke, ein Regierungsprogramm aufzustellen und sich dann eine Mehrheit dafür zu sichern, ein völlig richtiger. Bloß soll man dann nicht gerade um die eigentlichen Differenzpunkte herumgehen, sondern klar Stellung nehmen. Man muß sagen, was man will. Da freilich jede deutsche Partei noch ihr eigenes Programm hat, ist eine gewisse Unbestimmtheit, ein Verschieben in die Zukunft — dann wird sich alles, alles finden — notwendig, weil sonst sofort der Konflikt da ist.

Hatte die Sozialdemokratie vom Kanzler verlangt, an die Deutschenationale gewisse Forderungen zu stellen, von deren Beantwortung der Eintritt von Sozialdemokraten in das Kabinett abhängig gemacht werden würde, so stellen nun auch die Deutschenationale derartige Fragen auf, die formell eine Bervollständigung der „Richtlinien“ des Kanzlers bedeuten. Der Sinn der in der Fraktionsbesprechung formulierten, dem Kanzler übermittelten deutschenationalen Fragen war: Wollt ihr — einschließlich der Sozialdemokraten — in der „Volksgemeinschaftsregierung“ den christlichen Charakter der Jugend-erziehung wahren und schützen? Will man dem Geist einer Volksgemeinschaft entsprechend den Klassenkampfbegriffen und alle seine Konsequenzen aufgeben? Ist die neue Regierung der Volksgemeinschaft bereit, im Sinne der Erklärung des Reichskanzlers vom 20. August die Protestaktion gegen die Kriegsschuld-lüge weiter zu verfolgen? Wenn diese drei Fragen mit Ja beantwortet werden, dann soll über die Regierungsbildung auf dem Boden der „Volksgemeinschaft“ weiter verhandelt werden. Nicht mal mehr die Fraktionsführer des Reichstags glauben, daß bei dieser ganzen Verhandlung auch nur das geringste herauskommt.

Die Demokratische Partei hat in ihrer Sitzung einen Beschluß gefaßt, der besagt, man halte eine Änderung der Regierung in der jetzigen politischen Lage nicht für erwünscht. Sollte eine Änderung der Zusammensetzung der Regierung sich nicht vermeiden lassen, dann würde man dem Kanzler Unterstützung nach rechts und links nicht verweigern. Das Zentrum verhielt sich bekanntlich ähnlich — ohne ausdrückliche Festlegung durch einen Beschluß — hat sich aber grundsätzlich darüber geeinigt, eine Regierung ohne Demokraten nicht mitzumachen. Auch bei den Demokraten haben sich übrigens die Gegensätze scharf zuspitzen. Der Reichswehrminister Gehler, so erzählt man, solle im Falle einer Regierungsbildung ohne Demokraten aus dem Kabinett zurückgezogen werden; wolle er bleiben, so müsse er sich parteipolitisch isolieren durch Austritt aus der Fraktion und der Partei. Daraufhin soll Gehler geantwortet haben, daß das zwar geschehen würde, aber in der Form, daß er dann sofort der Deutschen Volkspartei beitrete.

Ferner ist auch nun die Deutsche Volkspartei dazu übergegangen — allerdings nicht in der Öffentlichkeit — aberhandlung Zufahrtfragen zu den Richtlinien des Kanzlers zu stellen, die sich gleichfalls auf kulturpolitische Gesichtspunkte beziehen. Der offizielle Parteibeschluß vom Mittwoch lautete: „Der Standpunkt der Deutschen Volkspartei in der Frage der Regierungserweiterung ist bekannt. Er hat sich nicht geändert. Die Richtlinien der Reichsregierung erkennt die Fraktion als eine brauchbare Grundlage der Koalitionsverhandlungen an. Sie billigt einmütig das Verhalten ihrer Unterhändler und ersucht sie, auf beschleunigte Lösung der Frage der Regierungserweiterung hinzuwirken.“

In einem Schreiben an den Reichskanzler billigt die Sozialdemokratie die Haltung ihrer bisherigen Unterhändler und ermächtigt sie zu weiteren Besprechungen mit dem Kanzler. Sie fragt, warum in den Richtlinien das Wort Republik vermieden, will Klarstellung, ob die Fortführung der bisherigen Außenpolitik des Kabinetts Marx festgelegt werde, ob der Eintritt in den Völkerbund erfolge, ob das Washingtoner Abkommen über den Achtstundentag ratifiziert werde, und verlangt Sicherheit für Erleichterung der auf den breiten Volksmassen ruhenden Lasten. Die Sozialdemokraten haben also ihren früheren Fragenkreis wesentlich erweitert.

So hält Marx jetzt zwar fünf Zusagen in der Hand zu weiteren Verhandlungen über eine Volksgemeinschaft, aber auf allen stehen derartige Sonderwünsche und Forderungen, daß von einer „Gemeinschaft“ wirklich nicht mehr gesprochen werden kann. Der Kanzler hat nun den Gedanken aufgegriffen, die ganze Lösung der Krise hinauszuschieben bis nach dem 10. Januar, also dem Tage, da die erste Räumungsrufe des Verfaller Vertrages abläuft. Er will mit seiner Koalition also vorläufig weiterregieren, und links wie

## Englisches Unterhaus aufgelöst

### Macdonalds Niederlage.

London, 8. Oktober.

Nach einer Kabinettsratsitzung begab sich der im Unterhaus mit seiner Regierungserklärung in der Minderheit gebliebene Ministerpräsident Macdonald zu dem in London heute aus Schottland eingetroffenen König. Macdonald schlug dem König die Auflösung des Unterhauses vor. Der König gab seine Genehmigung zur Auflösung. Das Auflösungsdekret soll verlesen werden, sobald das in zweiter Lesung vom Oberhaus genehmigte Gesetz über die irische Grenzfrage verabschiedet ist. Man nimmt als Termin für die Neuwahlen die Mitte des November an.

### Wie es kam.

Zu der Nacht von Mittwoch zu Donnerstag fiel im Unterhaus die mit Spannung erwartete Entscheidung über das Kabinett Macdonald.

Die Einleitung zu der Abstimmung gab das bekannte Verlangen der Konservativen, der Regierung das Mißtrauen auszusprechen, weil ihr eine gegen die Gesetze verstoßende Niederschlagung des Verfahrens gegen eine kommunistische Zeitschrift bezuzuschreiben sei. Der konservative Mißtrauensantrag wurde mit 359 gegen 198 Stimmen abgelehnt. Nun hatten aber die ebenfalls zum Vorgehen gegen die Arbeiterregierung entschlossenen Liberalen in der gleichen Angelegenheit beantragt, einen Untersuchungsausschuß einzusetzen. Das lehnte die Regierung ab, jedoch wurde der Antrag mit 364 gegen 198 Stimmen angenommen. Damit war der Regierung der Boden unter den Füßen weggezogen. Die im Grunde genommen nur unbedeutende Sache mit der kommunistischen Zeitschrift gab natürlich nur den äußeren Anlaß, um das den Konservativen und Liberalen gleich unerwünscht scheinende Kabinett Macdonald zu stürzen, das namentlich in letzter Zeit wegen des Vertrages mit der Sowjetrepublik stark an Sympathien verloren hatte.

Macdonald ist also nicht über den russischen Vertrag, über das Londoner Abkommen, das Genfer Protokoll, über die Bohnungspolitik zu Fall gekommen, sondern über eine nebensächliche juristische Streitfrage. Das betonte er auch in seinem Schwanengesang, als er vor der Abstimmung sagte: „Ist denn das vielgepriesene Recht ein Ding an sich außerhalb des Staates, oder ist es eine für die Wohlfahrt des Staates wesentlich erforderliche Grundlage? Wussten wir denn bereit sein, um einer Formel willen den Kommunismus, indem wir einen Redakteur zum Märtyrer machten, die großartigste Gratistatue verschaffen, die sich nur denken läßt? Demgegenüber riefen die Bekämpfer Macdonalds, Horne und Simon, ihm zu: „Sie haben das höchste Gut der englischen Zivilisation, den unpolitischen Charakter der Rechtspflege, zu zerstören versucht. Sie haben die englische Justiz der Verachtung preisgegeben.“

Es half auch nichts, wenn der eigentliche verantwortliche Generalstaatsanwalt, also der Justizminister im Kabinett, die Frage an die Gegner richtete: „Hätte ich mich denn lächerlich machen sollen, indem ich einen Kriegstrümpel vor die Schranken schleppte und ihn als den gefährlichsten Geist des englischen Kommunismus darstellte, ein Verbrechen, das jede englische Geschworenenbank zum Freispruch ermuntern hätte?“

Es half nichts, denn Konservative und Liberale waren entschlossen, die tiefere Abweichung ihrer Parteien von den

wirtschaftspolitischen Ansichten der Arbeiterregierung des englischen Weltreichs zum Ausdruck zu bringen, und sie taten es. Nun werden die Neuwahlen entscheiden, ob wieder diese oder jene, Tories oder Bligs, das Ruder ergreifen oder ob sich, wie bei den letzten Wahlen, zu den altüberbrachten zwei Parteien eine gleich starke Arbeitergruppe gesellt und damit aus neue das innerpolitische Ringen anhebt.

Eine pitante Beimischung zur Krise gibt der Umstand, daß gerade in den letzten Tagen die englische Labour- oder Arbeiterpartei, die Partei der Regierung, einen scharfen Strich zwischen sich und den Kommunisten zog. Die Jahresversammlung der Arbeiterpartei beschloß erst am Mittwoch den Ausschluß und die Nichtwiederaufnahme aller Kommunisten.

### Paris und die englische Regierungskrise

Paris, 10. Oktober. Obwohl sentimentale Erwägungen in den Betrachtungen über die Niederlage der Arbeiterregierung keine besondere Rolle spielen, ist doch ersichtlich, daß die englische Krise aus den verschiedensten Gründen in Paris Bedauern verursacht hat. Die maßgebenden Pariser Kreise verhehlen sich nicht, daß die rein persönlichen Verpflichtungen, die Macdonald in der Frage der interalliierten Schulden in Chequers und während der Londoner Konferenz dem französischen Ministerpräsidenten gemacht hat, schwerlich von seinem Nachfolger gehalten werden würden. Im übrigen herrscht die unvermeidbare Befürchtung vor, daß sich aus einem englischen Kabinettswechsel betrübliche Folgen für das Genfer Protokoll ergeben könnten. Diese Befürchtungen bringen die Blätter nachsichtig zum Ausdruck. Zusammenfassend schreibt der „Temps“: Die Niederlage des Kabinetts Macdonald würde ohne Zweifel schwere Rückschläge auf die internationale Situation zur Folge haben. Man müsse feststellen, daß Macdonald, nachdem er neun Monate am Ruder war, auf Sand gebaut habe und daß sein Werk von einem parlamentarischen Zwischenfall abhängig ist. „Journal des Debats“ benutzt die Gelegenheit, um eine Warnung an Herriot zu richten, daß, wenn er in seinem Kampfe gegen die katholische Kirche zu weit gehe, leicht das Schicksal Macdonalds teilen könne.

### Herriot über die Kabinettskrise in England.

Paris, 10. Oktober. Herriot hat sich einem Vertreter des „Petit Provençal“ gegenüber folgendermaßen über den Sturz Macdonalds geäußert: Meine Überzeugung geht dahin, daß Macdonald die Geschäfte wieder übernehmen wird. Er hat die Mehrheit des Landes hinter sich. Die gegenwärtige Krise ist nur vorübergehend. Mögen die nächsten Ereignisse mir recht geben.

### Die Wahlausichten in England.

London, 10. Oktober. Die Wahlausichten werden hier in gut unterrichteten politischen Kreisen wie folgt beurteilt: Obwohl die Arbeiterpartei wie auch die Konservativen erwarten erhebliche Gewinne. Ein bekannter Führer der Arbeiterpartei schätzt den zu erwartenden Gewinn der Arbeiter auf 100 Sitze, während man im konservativen Lager auf einen Mandatszuwachs von etwa 40 Sitzen rechnet. Die Erwartungen der Arbeiterpartei scheinen jedoch etwas zu optimistisch zu sein. Im allgemeinen erwartet man aber in keinem Falle eine regierungsfähige Mehrheit weder bei den Konservativen noch bei den Arbeiterparteilern.

rechts soll bis dahin parlamentarische Neutralität gewahrt werden. Zur Bildung einer Mehrheit will er dann versuchen, mal mit Hilfe der Deutschenationalen, mal mit der Sozialdemokratie durchzukommen. Es darf schon jetzt gesagt werden, daß sich die Rechte darauf nicht einlassen wird. Und daß die Linke, wenn sie damit einverstanden ist, nun ihr Einverständnis wieder an Bedingungen knüpft, deren Erfüllung aber wieder der Deutschen Volkspartei grundsätzlich und inhaltlich unmöglich ist, weil sie sich aus drücklich gegen eine derartige Taktik des Kabinetts festgelegt hat.

Es ist als zweifellos anzunehmen, daß der Kanzler nach Scheitern seiner „Volksgemeinschafts“-Idee trotzdem den Versuch machen wird, weiterzuregieren, sei es auch ohne Deutsche Volkspartei. Denn an eine Bürgerblockregierung ohne Demokraten will er nicht heran. Auch Reichspräsident Ebert ist unbedingt dagegen. Wenn daher die Verhandlungen ergebnislos verlaufen, so will der Kanzler es einfach riskieren, sich in offener parlamentarischer Feldschlacht besiegen zu lassen oder aufzulösen.

Inzwischen rollt das Leben der Wirtschaft recht unbestimmt um all diese Programme und Richtlinien, Bedinannan und Kraagen rubia weiter ab.

### Führerempfang beim Reichskanzler.

Berlin, 9. Oktober.

Die für heute anberaumte Besprechung der Parteiführer der Koalitionsfraktionen mit dem Reichskanzler im Reichstag dauerte nicht lanee. Der Kanzler schilberte

seine Auffassung von der durch die Entschliessungen der Fraktionen geschaffenen Lage und ging im besonderen auf die Resolutionen der Sozialdemokraten und der Deutschenationalen ein und beschränkte sich auf die Erklärung, daß er an seinen Absichten, die auf die Erreichung der Volksgemeinschaft gerichtet sind, festhalte, und auf die Mitteilung, daß er die Verhandlungen mit den Deutschenationalen und Sozialdemokraten fortsetzen wolle. Wie man erfährt, hat der Kanzler alsbald die Vertreter der Deutschenationalen und der Sozialdemokratie zu sich.

Im Laufe des Nachmittags fanden Parteiberatungen der Böllischen, der deutschen Volkspartei, der Demokraten und des Zentrums statt. Beim Zentrum soll es sich namentlich um die Gegensätze zwischen rechtem und linkem Flügel handeln.

Im Anschluß an die Unterhaltung des Kanzlers mit den Parteiführern wurde eine Kabinettsitzung abgehalten. Auch hier wurden die schwebenden Fragen und die Parteierklärungen besprochen. Wie die Parteiführer der Koalition, stimmte auch das Kabinett weiteren Verhandlungen über die Volksgemeinschaft zu.

### Reichsfinanzministerium u. Aufwertung

Im Unterausschuß des Aufwertungsausschusses des Reichstags wurde der Vorschlag des Abg. Dr. Fleischer (Ztr.) für sofortige Znangriffnahme einer Verjüngung der Reichsanleihen behandelt.